

TAGBLATT

Ausgabe für St. Gallen, Gossau und Rorschach www.tagblatt.ch



Alle wollen auf den Mars

Die Nasa-Mission «InSight» landet am Montag auf dem Mars und trägt das Schweizer Kreuz mit. 15

Stadler drängt nach Asien

Hochgeschwindigkeitszüge und anderes Rollmaterial: In grossem Stil offeriert Stadler in Taiwan. 9



St. Gallen

Die Stadt wartet aufs Umweltkonzept 25

St. Gallen

Bergclub feiert 50-Jahr-Jubiläum 29

Gossau

Mädchenschulen rüsten sich für die Zukunft 31

Rorschach

Gemeinden verbannen Verkehr aus Zentrum 35



Focus

Wenn Politikerinnen im Ratssaal stillen, gibt es ein Geschrei. Warum? 16

Salzkorn

Gerhard Richter wird im gerade veröffentlichten Ranking des Wirtschaftsmagazins «Capital» als wichtigster lebender Künstler geführt. Der deutsche Maler belegt diesen Platz schon seit 15 Jahren. Insgesamt umfasst das «Ruhmesbarometer» 30 000 Künstler. Es basiert, wie die Zeitschrift betont, auf der Annahme, dass Kunst nicht messbar ist, wohl aber deren Resonanz.

Was sich sehr viel genauer messen lässt als die Resonanz der Kunst, ist der Preis der Kunst. Ein Bild von Richter kostet im günstigsten Fall 100 Millionen. Dem Künstler selber, der stets bescheiden und scheu auftritt, ist das peinlich. Doch der High-End-Kunstmarkt ist wie ein Börsenparkett, glatt, kalt und extrem hart. Kunstwerke sind Investments, sie werden gehandelt wie Aktien, in dunklen Bunkern gelagert wie Gold. «Heute kennen die Leute von allem den Preis, aber von nichts den Wert», sagte einst Oscar Wilde angesichts der Dekadenz seiner Epoche. Er hatte ja keine Ahnung, was noch kommen würde. (kaf)

ANZEIGE

SCHLÜSSEL MÜLLER AG
TÜRSCHLIESSER
Beratung, Verkauf & Montage



Katharinengasse 14
9004 St. Gallen
Tel. 071 244 15 55
www.schluesssel-mueller.ch

Neue Details im HSG-Spesenfall

Affäre Der St. Galler Bildungschef Stefan Kölliker spricht erstmals ausführlich über die Vorfälle an der Universität St. Gallen. Er wehrt sich gegen den Vorwurf der Geheimniskrämerei – und nennt Beträge.

Andri Rostetter, Regula Weik

An einem Institut der Universität St. Gallen hat ein einzelner Professor zwischen 2014 und 2018 mutmasslich überhöhte Spesen in der Höhe von 100 000 bis 120 000 Franken bezogen. Das sagt Bildungschef und Universitätsrats-Präsident Stefan Kölliker im Interview mit unserer Zeitung. Der Professor wendete das

Geld für Flugreisen, Hotelübernachtungen und Verpflegung auf. Unklar ist, ob es sich um strafrechtlich relevante Summen handelt. Kölliker bestätigt zudem, dass nur eine Person überhöhte Spesen bezogen hat.

Dass es sich dabei um den Wirtschaftsrechtsprofessor Peter Sester handelt, ist seit längerem bekannt. Sester, der als Brasilien-Experte bekannt ist, hält nicht

regelmässig Gastvorlesungen in São Paulo, er hat auch familiäre Verbindungen in die brasilianische Metropole. Zu den beiden anderen Personen, die von den Untersuchungen betroffen sind, will sich Kölliker zwar nicht äussern. Mehrere Quellen bestätigen indes, dass es sich bei einer Person um Institutsleiter Robert Waldburger handelt. Waldburger ist eine der beiden Personen, die

Sesters Spesen jeweils visiert haben. Der Universitätsrat wird im Dezember oder Januar Sofortmassnahmen verabschieden, eine davon betrifft die Visierungsregeln. Zudem will die Regierung in den nächsten Wochen einen konkreten Projektauftrag für die Revision des Universitätsgesetzes erteilen. Vorgesehen sei, dass ein Professor oder eine Professorin einer anderen Schweizer

Universität dieses Projekt leiten wird, sagt Kölliker. Er wehrt sich zudem gegen den Vorwurf, die Regierung halte Informationen zurück. Sie sei selber daran interessiert, Transparenz zu schaffen. Dabei müsse jedoch der Persönlichkeitsschutz gewahrt werden. Die Regierung sei daran interessiert, die Resultate der Untersuchung so weit wie möglich offenzulegen. 39

Rücktritt des St. Galler SVP-Nationalrats

Toni Brunner hat genug

Es war ein kalter Abend im Dezember 2003, als ein paar Studenten im Berner Mattequartier am Weihnachtsstand von Toni Brunners Freundin, Esther Friedli, einen Glühwein tranken. Später landeten sie in der Wohnung des Paares, wo sich Toni Brunner für ein längeres Telefonat mit Christoph Blocher ausklinkte. Der SVP-Übervater war wenige Tage zuvor in den Bundesrat gewählt worden – und das Gremium hat ihn zur Übernahme des ungeliebten Justizdepartements verdonnert. Brunner tobte, fluchte über die Winkelzüge der Konkurrenz, litt mit seinem grossen Vorbild mit, beruhigte ihn am Telefon.

Brunner und sein inniges Verhältnis zu Christoph Blocher: Ohne den Zürcher Milliardär wäre der St. Galler Bauernsohn im Frühling 2008 nie Präsident der grössten Partei der Schweiz geworden. Der Toggenburger übernahm das Zepher in einer heiklen Phase. Blochers Abwahl aus dem Bundesrat brachte die SVP aus dem Tritt. Die BDP spaltete sich ab. Viel Energie verpuffte beim Kampf gegen das neue Feindbild Eveline Widmer-Schlumpf, der «Verräterin» aus dem Bündnerland.

In dieser Phase entpuppte sich Brunner, der dauerlächelnde Sympathikus aus den Vorpalen, als Glücksfall für die wütende Partei. Brunner emanzipierte sich vom Ziehvater und wurde zu einem neuen Aushängeschild. Unterstellungen, er sei bloss des Herrlibergers Schosshündchen, erwiesen sich als bald als haltlos. Bodenständig, charmant, politisch ausgebufft – Brunner stieg



Toni Brunner, ehemaliger Parteichef der SVP und bald alt Nationalrat.

Bild: Chris Iseli

heimlich in die Liga der Spitzenpolitiker auf, wurde eine Marke.

Carweise pilgerten SVP-Fans in den Landgasthof Sonne oder Ebnat-Kappel, Brunners Beiz, die sich zum inoffiziellen Hauptquartier der SVP entwickelte. Brunner, der Popstar, der Traumschwiegerson vieler konservativer Landmenschchen, der volksnahe Tribüne einer nationalistischen Bewegung. Brunner war nie ein Blender.

Dafür kam er aus zu einfachen Verhältnissen. Brunner war auch nie ein Simpel, für den ihn urbane Intellektuelle hielten. Ausgestattet mit einem sicheren politischen Riecher und der Gabe, komplizierte Sachverhalte einfach und verständlich auf den Punkt zu bringen, war Brunner während Jahren die beste Lokomotive, die sich die Rechtspartei wünschen konnte. Keiner verstand es besser, antieuropäische und fremdenfeindliche

Sprüche mit dem silbrigen Mäntelchen der Harmlosigkeit zu umhüllen. Keiner beherrschte die Technik, den Gegner vor laufender Kamera an die Wand zu drücken besser als der streitlustige Charnelbolzen aus dem Toggenburg. Brunner war ein Rechter, der niemandem Angst machte und gerade deswegen ein idealer Verkäufer populistischer Inhalte war. Unter seiner Ägide fuhr die Partei das beste Resultat der Geschichte ein:

29,4 Prozent Wähleranteil bei den Nationalratswahlen 2015.

Brunner gelang nicht alles. Zwei Mal scheiterte er beim Versuch, einen Ständeratssitz zu erobern. Beim zweiten Anlauf zog Brunner gegen Gewerkschaftsführer Paul Rechsteiner den Kürzeren. Ein Zeichen dafür, wie stark Brunner selbst im bürgerlichen St. Gallen als Spaltpilz wahrgenommen wurde. Wie verletzt Freisinnige oder Christlichdemokraten waren, die lieber einen Linken wählten.

Überhaupt: Die Ostschweiz. So sehr Brunner sein Toggenburg liebt, es entwickelte sich nie ein enges Verhältnis zwischen dem Landesteil und einem seiner bekanntesten Söhne. Brunner war dafür zu sehr Parteisoldat. «SVP first» lautete seine Devise. Und die kantonale Politik hat ihn nie wirklich interessiert.

Nun wird der 44-jährige Politrentner, nach 23 Jahren im Bundeshaus. Wie andere ehemalige Jungstars seiner Generation – etwa die SP-Frauen Pascale Bruderer und Ursula Wüss. Auch wenn Brunner nach seinem Rücktritt als Parteichef 2016 zum Hinterbänker mutierte: Die St. Galler SVP verliert ein Zugpferd, das sie so rasch nicht wird ersetzen können. 2,3



Stefan Schmid



Ostschweiz

«Spesenbezüge von über 100 000 Franken»

Bildung Nach den Vorfällen an der HSG will die St. Galler Regierung das Universitätsgesetz rasch überarbeiten. Regierungspräsident Stefan Kölliker über die Spesenaffäre, die öffentliche Empörung und den Sinneswandel der Regierung.

Interview: Andri Rostetter, Regula Weik

Stefan Kölliker, die erste Phase der Untersuchung zum Spesenfall an der HSG ist abgeschlossen, aber noch immer gibt es keine Informationen. Weshalb?

Was wir öffentlich machen können, das werden wir auch öffentlich machen. Und zwar so schnell wie möglich.

Sie kennen den Inhalt des Untersuchungsberichts. Wer noch?

Nur ganz wenige Personen. Nicht einmal der Präsident des geschäftsleitenden Ausschusses des Instituts, der das Ganze ins Rollen gebracht hat.

Sie reden vom Bündner CVP-Ständerat Martin Schmid.

Ja. Auch er will wissen, was im Bericht steht, um möglichst schnell seine Schlussfolgerungen ziehen zu können.

Haben die Erkenntnisse aus dem Bericht Einfluss auf die Revision des Universitätsgesetzes?

Wir dürfen nicht allein auf den Spesenfall fokussieren. Es gab verschiedene Vorfälle in den vergangenen Monaten an der HSG.

Die Summe der Ereignisse beeinflusst den Prozess also?

Der Druck ist so gross, dass jetzt Massnahmen getroffen werden. Das Unverständnis von Politik und Öffentlichkeit, dass die Revision nicht schneller vonstatten geht, ist deutlich. Das hat die Regierung erkannt.

Die Regierung greift nun in die Gesetzesüberarbeitung ein?

Wir müssen umgehend handeln. Das bisherige Verfahren muss beschleunigt werden. Die Regierung hat daher diese Woche aufgrund einer Gesamtauslegung beschlossen, dass sie die Überarbeitung des Universitätsgesetzes übernimmt. Die Regierung hat den dringenden Handlungsbedarf aufgrund der verschiedenen Vorfälle an der HSG erkannt und treibt den Prozess nun zügig voran.

Wie gross ist der Zeitgewinn?

Eine solche Revision geht üblicherweise vier, fünf Jahre. Nun kann das Projekt mutmasslich um etwa zwei Jahre verkürzt werden.

Das ist immer noch lange genug.

Im Gegenteil. Die Gesetzesrevision ist allumfassend. Von Compliance, Governance, Auswahlverfahren für den Rektor, Entschädigungen bis zu den Nebenbeschäftigungen ist einfach alles drin. Die Materie ist entsprechend komplex.

Man wirft Ihnen vor, Ihre Führungsverantwortung als Präsident des Universitätsrates nicht wahrzunehmen.

Das sehe ich anders. Wir haben in den vergangenen zehn Jahren in etlichen Bereichen nachjustiert und neue Regeln eingeführt. Das reicht vom neuen Reglement für Nebentätigkeiten im Jahr 2006, das 2010 weiterentwickelt wurde, über die Offenlegungsrichtlinien 2014 bis zum zentralen Spesenreglement 2015. Abgesehen davon habe ich 2011 eine Überprüfung der Spesen an der HSG verlangt. Das ist Führungsverantwortung, aber damit exponiert man sich eben auch.



«Allumfassende Gesetzesrevision»: Bildungschef und Universitätsratspräsident Stefan Kölliker.

Bild: Michel Canonica

Bei der Überprüfung ist nichts herausgekommen?

Sie hat keine wesentlichen Mängel ergeben.

Welches sind die nächsten Schritte?

Die Regierung wird in den nächsten Wochen einen konkreten Projektauftrag für die Gesetzesrevision erteilen. Es ist eine externe Projektleitung vorgesehen, voraussichtlich ein Professor oder eine Professorin aus dem Bereich öffentliches Recht einer anderen Schweizer Universität. Die Leitung der Steuerungsgruppe liegt bei mir.

Ursprünglich war vorgesehen, dass der Universitätsrat die Grundlagen erarbeitet. Entreisst ihm die Regierung nun das Dossier?

«Wir sind selber interessiert daran, Transparenz zu schaffen.»

Der Universitätsrat hat wesentliche und wichtige Vorarbeiten geleistet. Nun führt die Regierung, sprich das Bildungsdepartement, den Prozess weiter.

Drängen sich aufgrund der Erkenntnisse Sofortmassnahmen auf?

Der Universitätsrat wird im Dezember oder Januar Sofortmassnahmen verabschieden. Wir passen die Regeln zur Aufsicht der Institute und zur Visierung der Spesen an.

Noch einmal: Warum diese Geheimnistuerei um den mutmasslichen Spesenmissbrauch?

Wir haben grundsätzlich von unserer Seite nichts zu verbergen, wir sind selber daran interessiert, Transparenz zu schaffen. Wir müssen jedoch auch darauf ach-

ten, dass der Persönlichkeitsschutz der involvierten Personen gewahrt bleibt. Es ist nicht nur ein politisches, es ist auch ein rechtliches Verfahren.

Warum soll die Nennung der Summe unter den Persönlichkeitsschutz fallen? Das ist nicht nachvollziehbar. Diesbezüglich kann man eine Aussage machen: Es handelt sich um fragwürdige Spesenbezüge von 100 000 bis 120 000 Franken. Darunter fallen Flugreisen, Hotelübernachtungen und Verpflegungsauslagen.

Für ein Jahr?

Nein, für die Jahre 2014 bis 2018.

Wie teilen sich die Beträge auf?

Die Spesen für Übernachtungen und

Verpflegung belaufen sich auf 30 000 bis 40 000 Franken, jene für Flugreisen auf 70 000 bis 80 000 Franken. Es ist aber bei den Flugreisen schwierig zu sagen, wie gross der unzulässig bezogene Anteil ist.

Wir haben eine Vermutung. Welche?

Es ist bekannt, dass es sich um Peter Sester handelt. Der HSG-Professor hat nicht nur Familie in São Paulo, sondern hält dort auch Gastvorträge. Ist unklar, wann er beruflich unterwegs war und wann privat? Das ist nun Ihre Schlussfolgerung.

Sester hat also einen Teil dieser 100 000 bis 120 000 Franken mutmasslich unzulässigerweise bezogen. Hat er darüber hinaus noch mehr Spesen geltend gemacht? Dies kann ich nicht beurteilen.

Was ist mit den beiden anderen Personen, die in die Affäre verwickelt sind?

Die überhöhten Spesenbezüge betreffen nur eine Person.

Dann kann es sich bei den beiden ändern nur um Personen handeln, die diese Spesen visiert haben. In einem laufenden Verfahren kann ich mich nicht dazu äussern.

Eine davon ist gemäss unseren Quellen Institutsleiter Robert Waldburger. Wer ist die zweite Person? Auch dazu kann ich mich nicht äussern.

Jetzt liegt der Fall bei der Disziplinarkommission

Untersuchungen Im Frühsommer eröffnete die Universität St. Gallen gegen drei Mitarbeitende wegen «allfälliger Unregelmässigkeiten bei Spesenbezügen» ein Disziplinarverfahren. Gleichzeitig wurde eine Administrativuntersuchung gegen das betroffene Institut eingeleitet. Seit zwei Wochen liegt nun der Schlussbericht dieser Administrativuntersuchung vor. Angaben zum Inhalt machten bis jetzt weder die Universität noch die Regierung (Ausgabe vom 9. November).

Der Bericht sei an die Disziplinarkommission weitergeleitet worden, hiess es; diese werde die Fälle nun weiterbearbeiten und mögliche Massnahmen vorschlagen. Diese reichen von schriftlichem Verweis, Geldleistungen, Versetzung bis hin zur Entlassung. Zur Dauer des Disziplinarverfahrens gab es bislang keine Informationen, ebenso wenig zum finanziellen Ausmass der Verfehlungen und zum Zeitraum, in welchem sie erfolgt sind. (ar; rw)